

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM, und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Abgeordnetenhaus von Berlin
- Petitionsausschuß-Vorsitzender -
Herrn Kristian Ronneburg / Mda

Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

- per E-Mail übermittelt über

petmail@parlament-berlin.de

Eichwalde, den 3. Februar 2019

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom 14.12.2018/Ko. und 20.01.2019/Ko.

Ihr Zeichen 2331/18

Mein Schreiben vom 20. Januar 2019

Offener Brief

an alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin

P e t i t i o n zur Umsetzung des Volksentscheides

zur Offenhaltung des Flughafens Tegel TXL ;

A b l e h n u n g meines Widerspruches

gegen Ihre beabsichtigte Einstellung

der Bearbeitung der Petition

Sehr geehrter Herr Ronneburg ,

für das vorgehen. Schreiben in Ihrem Auftrag danke
ich Ihnen; ich habe es mit Interesse z.K. genom-
men, denn allein Antwort ist schon mehr, als man
vielfach erwarten darf !

Somit können also selbst aktuelle rechtsrelevante
Fakten aus formalrechtlichen Gründen zu Petitionen
keine Berücksichtigung finden, so daß selbst immer
mehr in die öffentliche Kritik geratende Projekte
wie das BER-Projekt im BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex
trotz vielfacher wesentlicher Rechtsverstöße selbst
gegen übergeordnetes Recht unbeirrt weitergeführt
werden können !

Dies erscheint mir Anlaß genug, begründet zu pro-

1969-2014 45 Jahre Amtse als Völkswirtschaftslehramt
in zwei Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schweinsschäbner und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik

1973-75 Diplomierung und Promotion als 'Experte
mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen

1972,1974 Fachpreisträger und Hochschulpreisträger
der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundstellungen im DEUTSCHEN MEDIENRECHT (DMR)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des
Landesparlamentes Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Normung

1994 Reaktiplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zur Thematik 'Preisuntergrenzen'
mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter
Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen
für Duroplast-Formstoffteile, PLASTE UND GUMMISCHNITT

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus zu
Ausgewählten Kunststoffverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sozialistischen
Gee-Toleranz- und Passagesystems inwieweit
der Einführung des internationalen
ISM/ISO-Toleranz- und Passagesystems
1969-70 Lehrauftrag interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Kunststoff
in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin
(Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Rezeptiv,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit den Co-Autoren
Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für
Kunststoffverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Strauß, TU Dresden

1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu arithmetischem Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenminimierung durch größere
Bauteiltoleranzen (unverzichtlich, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsmoduls
von Duroplastformteilen aus Abmaß-Einflüßigkeit-
Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion
Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen
Fachtagungen MAST/STAB der Kammer der Techniker, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes
der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sozialistischen
Zuverlässigkeitstheorien in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)

1980 Dissertationsskizzenfassung in REINERBEIHEUNG
29(1987) H4 S.182

Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit Gnomonischen Schmidt über WEISS FORN an
Zentralen Bundestag und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Teilm-Steuer
(Spekulations-Steuerung) und eines neuen
Breiten-Woods-Abkommens (erste Wechselkurs)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
noch vor der EURO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttozielderivates
(BZD) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Energie- und Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses
Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen
und -Beiträgen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR
FLUSSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>
sowie www.eichwalde.com und www.bwb-ev.de)

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

gnostizieren, daß somit bereits formalrechtlich die Basis dafür geschaffen wird, daß es in einigen Jahren einen 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses von Berlin zum BER-Projekt geben wird.

Dies, zumal sich der derzeitige Untersuchungsausschuß themenmäßig nur Kosten- und Terminüberschreitungen zuwendet beim BER-Projekt, bei welchem sich die **F o l g e n** aus vielen Rechtsverletzungen von EU-Vorschriften und ICAO-Bestimmungen noch gar nicht ausgewirkt haben - dies wird erst beim Versuch der Inbetriebnahme des BER geschehen !

Der Abschn. G.1. des Programmes des Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses stellt zwar **i m p l i z i t** einen Bezug zu unseren großen Zusendungen von 2013 und 2017 sowie die weiteren Schreiben bis 2019 dar, und zwar dies i.Vbdg. mit dem "Risikomanagement-System (RMS)", da aus den Gesetzesverletzungen große Projekt-Risiken resultieren, aber eine **j e d e** **e x p l i z i t e** Bezugnahme auf derartige Probleme fehlt !

Es gilt also zu Abschn. G.1.a), daß unsererseits zwar derartige Risiken thematisiert wurden, aber gem. Abschn. G.1.b), daß daraus bisher keinerlei Konsequenzen gezogen wurden, denn selbst mein auf übergeordnetes Recht bezogener Redebeitrag anlässlich des 1. Juristen-Streitgespräches zu Tegel TXL wurde weder aufgegriffen noch gar berücksichtigt, sondern bisher schlichtweg ignoriert !

Aus vorgen. Gründen sind meine Erwartungen, daß rechtsrelevante Hinweise im derzeitigen Untersuchungsausschuß betrachtet werden könnten, gering ; dies wird erst im 3. Untersuchungsausschuß geschehen, nachdem das BER-Projekt gescheitert ist und dann dafür die Gründe zu ermitteln sind. Erfreulicherweise geht aber anlaßbezogen die BER-Problembearbeitung in der GD Umwelt der Europäischen Kommission weiter - es dauert aber eben immer einige Zeit, bis von dort eine Entscheidung die Bundesregierung erreicht, wie die Verzögerung der letzten Beihilfegenehmigung zum BER-Projekt um mehr als ein Jahr, verbunden mit einer "Deckelung" von 2,6 Mrd. € auf 2,2 Mrd.€ seitens der GD Wettbewerb der Europäischen Kommission, Mitursache derzeitiger Finanzmanipulationen der Flughafengesellschaft einschließlich Mittelzweckentfremdung, Leasing und Billigbauweise.

Wenn die parlamentarische Begleitung von Großprojekten so wesentlich gestört wie beim BER-Projekt verläuft, ist es kein Wunder, wenn sich dann

totalitär regierte Staaten als Vorbild für derartige Projekte präsentieren können und die Marke "Made in Germany" Qualitätsabschläge ertragen muß, denn beim BER-Projekt sind ja international bedeutsame Fachfirmen wie SIEMENS und BOSCH wesentlich involviert. Aber versagt haben Flughafenmanagement und Politik !

Um dies zu erkennen, ist allerdings noch nicht einmal ein Untersuchungsausschuß vonnöten - allein ein Blick in die Presse ist schon völlig ausreichend und so auch das Sinken der Wählergunst für viele Parteien erklärlich, wenn projektrelevante Sachgebiete willkürlich aus der Betrachtungsweise ausgeklammert werden; möge diese Erkenntnis wachsen !

Wenn nämlich für unsere Bürger deutlich wird, daß Logik und Sachargumente, so bedeutsam sie auch sein mögen, keine Änderung der Politik der Regierungsparteien mehr bewirken können, könnten die Bürger auch in Deutschland zu dem Schluß kommen, allein parteiferne Machtpolitik wie die der französischen Gelbwesten könne noch dagegen Abhilfe schaffen. Dann würde selbst die AfD-Ausgrenzung, völlig parteiprogrammunabhängig, wirkungslos werden - die Regierungsparteien hätten dann ein viel größeres Problem.

Daß sich derartige Überlegungen selbst in Parlamenten breit machen, zeigt der Austritt des Bundestagsabgeordneten Schick, BÜ 90/DIE GRÜNEN, aus der parlamentarischen Arbeit, welcher sich jahrzehntelang um zielführende Sacharbeit auf dem Finanz- und Wirtschaftssektor vergeblich bemühte, in Richtung Bürgerbewegung.

Ich selbst war z.Z. der Regierung Schröder/Fischer bei einer wissenschaftlichen Veranstaltung der Grünen zugegen, bei welcher es um die Zulassung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds ging: Alle anwesenden Fachleute der verschiedensten Metiers mit Ausnahme der zwei antragstellenden Lobbyisten waren gegen die Einführung, aber einige Monate später wurde sie trotzdem Wirklichkeit - und konnte so die Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrise noch zusätzlich befeuern !

Und für die Einführung einer wirkungsvollen Tobin-Steuer, jetzt Finanztransaktionssteuer, bin ich nun schon über zwei Jahrzehnte lang im EU-Rahmen oder in der Bundesrepublik vergeblich tätig - von weiteren erforderlichen Finanzmarktregulierungen gem. meinen Vorschlägen ganz zu schweigen !

Sie dürfen sicher sein : Das prägt zwar zunächst nur das Verhalten der Masse der Bürger quantitativ für jeden separat, aber irgendwann kommt der Umschlag von der Quantität in eine neue Qualität der Taktik in der Ge-

meinschaft. Dieser Zeitpunkt erscheint als nahe. Und irgendwann wird dann auch der Ausspruch unserer Bundeskanzlerin,

"In Deutschland und der EU gilt nicht das Recht der Stärke,
sondern die Stärke des Rechts !",

in ganz anderer Weise Wirklichkeit, als von manchem Politiker erwartet !

Der Vorstoß der Tochter der unvergessenen Ministerin Dr. Regine Hildebrandt ist bezüglich der Ost-Quote auch hinsichtlich des BER-Projektes richtungweisend, führte aber in Brandenburg statt zum Beschluß einer Ost-Quote zum Beschluß einer Frauen-Quote - verspricht man sich davon Wahlverhaltenswirksamkeit pro Regierungsparteien ?

Das dürfte ein Irrtum sein ! Alltagsprobleme interessieren die Bürger mehr, als Geschlechterparität - und da klemmt es an allzu vielen Stellen ! Wuchermieten, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Suppenküchenandrang, Dieselskandal, Verkehrschaos auf Schiene und Straße und immer mehr Rücksichtslosigkeit, Kriminalität, Überlastung des Rechtssystems und gezielte Desinformation wirken auf Dauer nervend und wahlentscheidungsprägend. Z.B. fuhr zu DDR-Zeiten die S-Bahn im Winter zuverlässiger als jetzt im Sommer. Und das spürt der Wahlbürger täglich !

Und wenn ehrenamtliche wissenschaftliche Arbeit von Bürgerinitiativgruppen auf rechtlichem wie fachlichem Gebiet, z.B. in Form unserer BER-Komplex-Zusendungen an alle Exekutiven und Legislativen der BER-Eigner von 2013 und 2017, zu keinerlei sachlicher Reaktion führen, dann beinhaltet dies eine unvergleichliche Ignoranz und Überheblichkeit der Regierungsparteien und Parteien-Teilen der Opposition gegenüber kritischen Bürgern - die Legislative übt sich gegenüber der Exekutive vielfach, zumindest aber die Vertreter der Regierungsparteien, in Subalternämie, Tabuismus, Ignorantäsie und Claqueurismus; anders kann man dies nicht mehr bezeichnen, denn es erscheint als Krankheit der Demokratie !

Zwar hebt sich das Abgeordnetenhaus davon positiv ab, weil noch diskutiert wird, auch in juristischen Streitgesprächen, und wie beim Petitionsausschuß Antworten mit Begründung gegeben werden - aber bezüglich des Wirksamwerdens unserer Ausarbeitungen besteht trotzdem kein Unterschied zum Ergebnis in Brandenburg, zumal Volksentscheide des Souveräns gleichermaßen grundrechtswidrig nicht umgesetzt wurden - bis jetzt .

Die Regierungsparteien sind bezüglich ihrer Beliebtheit bei den Bürgern bisher recht konstant im Sinkflug und Europa droht zu zerbröseln - was wird uns da nach den nächsten Wahlen erwarten ?

Da in der Brandenburger Vorwahlkampfzeit die Diskussion zur Umsetzung des Volksentscheids zum Nachtflugverbot wie manch anderes Problemaufgreifen erneut begonnen hat, hoffen wir trotz Ihrer Ablehnung auf eine analoge Entwicklung zur Tegel-Offenhaltung im Abgeordnetenhaus, denn wer möchte schon gern Wahlen verlieren ?

In diesem Sinne verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



- i.A. Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -